Elga Burkhardt (LUBU)

Werner Hillenbrand (Die LINKEN)

Gemeinderat 24.11.2010: Haushaltsplan 2011

Der Haushaltsplan einer Stadt von der Größe Ludwigsburgs ist ein umfangreiches Kunstwerk. Ich kann nur versuchen, zu einigen uns besonders wichtigen Punkten schlaglichtartig unsere Meinung zu beleuchten.

Die LUBU, die Linke war damals noch nicht im Gemeinderat vertreten, hat in jeder Haushaltsplanberatung der vergangenen Jahre gemahnt, mehr Geld in Sanierungen und nicht in Neubaumaßnahmen zu investieren. Der Ausspruch des damals neugewählten Stadtkämmerers Kiedaisch aus dem Jahr 2001 „Ein guter Haushalter wird versuchen, das Vermögen der Stadt zu erhalten, zu dem auch regelmäßig sanierte Gebäude, Straßen und Kanäle gehören,“ sollte in dicken Buchstaben an der Wand jedes Sitzungssaals und jedes Rathauszimmers stehen.

Mangelhafte oder gar keine **Unterhaltungsmaßnahmen** wirken sich nicht nur negativ auf die künftigen Finanzen aus, sondern auch negativ auf das Stadtbild, wie wir in vielen Straßen der Stadt jeden Tag feststellen können. Wir haben in jeder Haushaltsplanberatung darauf hingewiesen, daß ein guter Haushalter **Sondereinnahmen** wie die Porsche-Millionen 2009 in den Sparstrumpf steckt, umso mehr, als die Wirtschaftskrise damals schon ganz dicht vor der Tür stand. Unser Haushalt sähe heute anders aus, wenn wir diesem alten schwäbischen Prinzip gefolgt wären, anstatt die Feinausstattung verschiedener Großbauvorhaben damit zu bezahlen.

Wir haben in allen Haushaltsplanberatungen der letzten Jahre darauf hingewiesen, daß dauernder **Personalabbau** ohne Aufgabenkritik das Pferd am Schwanz aufzäumt.

Wir sind durchaus dafür, die Arbeit der Stadtverwaltung Ludwigsburg daraufhin zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß ist und ob sie weiter vom Personal der Stadt oder besser von anderen Trägern übernommen werden sollte. Die Geschäftsführung der Arena ist so eine Aufgabe, nach der sich private Betreiber alle 10 Finger lecken müßten, wenn der Bedarf an zusätzlichen Veranstaltungsorten so groß ist, wie es die Verwaltung immer wieder in der Presse darstellt und die wir gerne einem privaten Unternehmer überlassen würden. 1 Millionen Folgekosten sind für 2011 im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zu finden, die noch unbekanntes Geschäftsführungskosten nicht eingerechnet.

Neben der kritischen Betrachtung der bisherigen Aufgaben und ihrer Durchführung muß aber immer und gleichberechtigt geprüft werden, ob

bisher nicht wahrgenommene Aufgaben im Blick auf nachhaltige Stadtentwicklungsziele neu in den Aufgabenkatalog aufzunehmen sind. Es darf nicht sein, daß der Zwang von Gerichtsurteilen dazu führt, daß umweltfreundliche Maßnahmen wie die gesplittete Abwassergebühr endlich eingeführt werden müssen, aber leider zum für die Stadtfinanzen ungünstigsten Zeitpunkt. Durch Beharren auf Entscheidungen, die aus der **Steinzeit der Stadtentwicklungspolitik** stammen, engen wir uns auf diese Art und Weise den sowieso geringen finanziellen Handlungsspielraum noch weiter ein.

Eine weitere Aufgabe bei der Behandlung von kommunalen Finanzfragen gerade in Zeiten der Kürzungen ist der sogenannte **Bürgerhaushalt**. Es reicht nicht aus, wenn Oberbürgermeister und Stadtkämmerer versuchen, mit Frontal-Vorträgen den meist weniger interessierten Bürgern die Entscheidungen der Verwaltung über die Verwendung der Steuergelder zu erklären. Es müssen Diskussionen aller interessierten Bürger über die Mittelverwendung möglich sein. Wichtigstes Kriterium eines Bürgerhaushaltes ist die Rechenschaftslegung darüber, wie dann mit den Vorschlägen der Teilnehmer umgegangen wird.

Bisher kümmern sich vorwiegend Städte nördlich der Mainlinie um dieses Thema. Hier könnte Ludwigsburg zusammen mit Freiburg und Tübingen eine Vorreiterrolle in Baden-Württemberg übernehmen.

Für uns ist das **Ende der Einsparungsmöglichkeiten** erreicht. Bei Kindergärten und Schulen, bei der Jugendbetreuung und der Fortbildung aller Bürger/Bürgerinnen in den Büchereien und bei der Vereinsförderung gibt es für uns keinerlei Einsparungsmöglichkeiten mehr. Die Vereine sind ein Teil der Ludwigsburger Kultur und leisten wertvolle Sozialarbeit. Wir wollen bestehende sinnvolle Strukturen nicht zerschlagen. In alle diese Bereiche bürgerlichen Engagements müßte im Gegenteil eigentlich dringend mehr investiert werden, ebenso wie in bestehende Straßen, Schulen und Kanäle.

Da die Steuerschätzungen für die nächste Zeit noch immer ein Stochern im Nebel sind und noch eine Weile bleiben werden und eine Grundsatzdiskussion zu Thema „Aufgabenkritik“ erst noch stattfinden muß, konzentrieren wir uns mit unseren Anträgen auf den Haushalt 2011.

Ausgleich durch Steuererhöhungen Da die Einsparmaßnahmen ausgereizt sind, müssen nun auch die Gewerbesteuerzahler an ihre Pflichten gegenüber der Kommune erinnert werden.

Eine Erhöhung des **Gewerbesteuerhebesatzes** um 15 Punkte auf 375 v.H ergibt 2,2 Mill. €. neue Einnahmen. Den Hebesatz gab es übrigens in Ludwigsburg schon einmal bis zum Jahr 2001. Wir legen Wert auf die Forderung, daß mit den zusätzlichen Einnahmen Sanierungen von Schulen und bessere Betreuung in den Kindererziehungseinrichtungen finanziert werden, ebenso wie der Erhalt der Bücherei in ihrer jetzigen Form, also mit der Zweigstelle Schloßlesfeld.

Die Erhebung einer **Zweitwohnungssteuer** muß ebenso geprüft werden wie eine Erhöhung der **Vergnügungssteuer**.

Die Verschiebung oder Kürzung von Investitionsmaßnahmen im Sportbereich und beim Kauf von Grundstücksflächen für noch nicht beschlossene Gewerbegebiete würde den Haushalt 2011 zusätzlich entlasten.

Intensiver zu prüfen ist unserer Meinung nach die interkommunale Zusammenarbeit, deren Möglichkeiten bei verschiedenen Handlungsfeldern -TDL und Feuerwehr - noch lange nicht ausgereizt sind.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß in allen in Bearbeitung befindlichen Bebauungsplänen und eventuellen zukünftigen eine Zusammenstellung der Folgekosten vorgelegt werden müßte. Jeder neue Bebauungsplan bedeutet neue Straßen, neue Kanäle, neue Abwasserbehandlungsanlagen, neue Investitionen in Kindergärten und in Schulen. Man kann nicht dauernd Wohnungsneubau für eine familienfreundliche Stadt fordern oder durch Investoren betreiben lassen und anschließend in bewegten Worten über die ständig steigenden Kosten der Kinderbetreuung klagen.

Unsere Anträge betreffen unter anderem die nachhaltige Stadtentwicklung: einen **familien- und behindertenfreundlichen Bahnhof Ludwigsburg** und **Bahnhof Favoritepark** durch Erhöhung der S-Bahnsteige; die **probeweise Einführung von Tempo 30** in vom Verkehrsaufkommen her geeigneten Straßen mit den Zielen Lärmschutz, Minderung des Schadstoffausstoßes und sicheres Fahrradfahren; eine Umgestaltungsplanung für den öffentlichen Raum rund um das Marstallcenter mit Zeitfenster, damit bei Gewährung eines beantragten Landeszuschusses rasch mit den notwendigen Umbaumaßnahmen im Sanierungsgebiet begonnen werden kann.